

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 135. Ratssitzung vom 17. März 2021

3721. 2021/60

Dringliches Postulat von Martin Götzl (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 10.02.2021:

Gebiet Stadelhofen–Sechseläutenplatz–Seepromenade (Utoquai), Installation der 2019 entfernten Überwachungskameras und Erhöhung der Polizeipräsenz am Wochenende

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Götzl (SVP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3588/2021): In der Schweiz gibt es weit über zehn Millionen Kameras. Rund acht Millionen auf unseren Smartphones, weit über eine Million in Autos, in Tunnels, auf Strassen, auf Berggipfeln, in Tiefgaragen sowie auch an öffentlichen Plätzen. Aber ausgerechnet am Hotspot der Hotspots soll sich nach Ihrem Willen keine Kamera befinden. Und zwar am Krawalljunkie-Hotspot Zürich, am Stadelhofen und dem Seebecken am Bellevue. Das ist eine Vettern- und Misswirtschaft, die heute beendet werden soll. Wir brauchen kein Wischiwaschi, keine Verhätchelung, keine Privilegierung oder Schonung einer Klientel, die sich nicht an geltende Gesetze hält. Wir brauchen nachhaltige Lösungen. Wir haben die Pflicht, der Polizei, den Sicherheitskräften die notwendigen Werkzeuge und Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie Sicherheit schaffen können. Dazu notwendig sind Kameras rund um die Problemzonen des Seebeckens und genügende Einsatzkräfte für eine vermehrte Polizeipräsenz. Ein Dank geht an die Sicherheitsvorsteherin und den Gesamtstadtrat, dass sie im Sinn der öffentlichen Ordnung und Sicherheit entschieden, dieses Postulat anzunehmen. Dies pragmatisch im Sinne der Einsatzkräfte der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden. Aktuell erfreulich: Seit dem 5. März 2021 gibt es am Utoquai und am Stadelhofen bereits eine zeitweise Videoüberwachung. Insgesamt 18 Kameras werden nur am Wochenende und nur nachts eingeschaltet. Sowohl der Sicherheitsvorsteherin wie auch dem Polizeikommando ist klar, dass punktuelle Kameras zielführend und dringend notwendig sind. Es ist bedauerlich, dass dies nur befristet für einen Monat geschieht. Warum nur befristet und so zaghaft? Notwendig wäre mindestens dauerhaft von Frühling bis Herbst. Noch besser – das haben die Erfahrungen der letzten Monate gezeigt – wäre das ganze Jahr. Die Forderung des vorliegenden Postulats GR Nr. 2021/60 haben wir bereits mit dem Postulat 2019/445 eingereicht. Dies, nachdem eine Welle von Verfehlungen und der Gewalt über das Seebecken gezogen ist. Ein wichtiges öffentliches Naherholungsgebiet war über Wochen, Monate und Jahre erschüttert. Die verwerfliche Bilanz: geschädigte Gewerbetreibende, immer mehr fernbleibende Flanierer in Folge der eingeschränkten Sicherheit, ausartende Chaoten, Randalierer, Schwerverletzte, Stich- und Wurfwaffen und Angriffe und Körperverletzungen von Mitarbeitern von Blaulichtorganisationen wie der Polizei und Rettungskräften, die daran gehindert wurden, Leben zu retten. Nun stellen sie sich die Frage: Konnte

man die randalierenden Personen zur Rechenschaft ziehen? Nein. Auch darum brauchen wir im Umkreis dieser Problemzonen dringend Videokameras. Sofern Sie von der linken Ratsseite diese Forderung heute ablehnen, wird Ihre Politik verantworten müssen, wenn wieder Rettungskräfte daran gehindert werden, Erste Hilfe zu leisten. Sie werden sich verantworten müssen, wenn es Schwerverletzte gibt. Sie werden sich irgendwann verantworten müssen, wenn es Tote gibt. Ihre politische Haltung ist das Testosteron, weil sie den Krawalljunkies ermöglicht, ihren Adrenalinrausch am Seebecken ungeahndet und ungehemmt auszuüben. Weiter akzeptieren und befeuern Sie, dass diese Randalierer Polizisten als Freiwild behandeln und Gewalttaten ausüben. Sie wähnen sich in einer Komfortzone und machen präventive Kampagnen. Aber Sie verpassen es, bei Ausschreitungen auch repressiv die verantwortlichen Personen zur Rechenschaft ziehen zu können. Bedenken Sie, dass die sozialen Probleme nach der Pandemie grösser sein werden. Vermehrt werden Jugendliche keine Lehrstelle finden oder in Spezialfällen einen Ausbildungsplatz verlieren, was zu weiterem Gewaltpotenzial führt. Sie und ich tun gut daran, heute zu planen, welche Vorkehrungen wir für morgen treffen müssen. Die Geister, die man in der Stadt Zürich rief, kann man nur mit einer Nulltoleranz-Strategie wieder loswerden. Zur Stärkung der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung, zur Stärkung der Blaulichtorganisationen, als starkes Zeichen gegen Eskalation im Sinne von Fairplay bitten wir Sie, unser Postulat unideologisch zu unterstützen.

Luca Maggi (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 10. März 2021 gestellten Ablehnungsantrag: Für uns Grüne stellt sich die Frage, warum wir heute über einen Dringlichen Vorstoss diskutieren müssen, den der Stadtrat vor zwei Wochen bereits vollumfänglich umgesetzt hat. Ich finde es angesichts der sich abzeichnenden Mehrheiten schade, dass dieser Vorstoss nicht schon vor drei Wochen hier behandelt wurde. Dann hätte man sagen können, dass dem Stadtrat die politische Legitimation fehlte, um die Überwachung einzuführen. Wenn Martin Götzl (SVP) nun eine dauerhafte Überwachung fordert, kennt er das Polizeigesetz nicht. Dieses schreibt in Artikel 32 b. klar vor, dass eine solche Überwachung zeitlich begrenzt sein muss. An dieser Stelle möchte ich der zuständigen Stadträtin danken, dass sie die Überwachung öffentlich angekündigt und zeitlich begrenzt hat und dass die Kameras vor Ort beschriftet wurden. Trotzdem gehe ich materiell auf die Forderung ein. Wir halten nichts davon. Man hat es 2019 mit bescheidenem Erfolg so gemacht. Die Situation hat sich zwischenzeitlich zwar beruhigt, aber die Probleme verlagerten sich vor allem an andere Orte in der Stadt. An den Ursachen für diesen Konflikt hat niemand mehr weiterstudiert. Probleme lassen sich selten aus der Welt filmen. Deshalb stehen wir zwei Jahre später wieder am genau gleichen Punkt. Es hat geknallt am Utoquai. Der Stadtrat liess die Polizei ein paar Kameras montieren und die SVP möchte nun einfach noch etwas mehr Überwachung und noch etwas mehr Polizeipräsenz. Es ist etwas witzlos, hier schon wieder über Videoüberwachung zu sprechen. Letzte Woche machte mich eine Aussage der Präsidentin des Verbands Schweizerischer Polizei-Beamten (VSPB) im «Blick» stutzig. Sie nahm zur Kundgebung im Rahmen des Internationalen Frauentags Stellung, an der die Polizei besonders rigoros vorging. Dabei ist insbesondere ein Polizist aufgefallen, der eine junge Frau vor laufenden Kameras regelrecht zusammenschlug. Es ist eine Gewalttat, die mit einer Videoaufnahme wunderbar dokumentiert wurde. Die besagte Chefin des VSPB sagte nun im «Blick», sie schaue das Video halt mit anderen Augen an, ich zitiere: «Das Video zeigt

eine Momentaufnahme einer Situation. Man sieht allerdings nicht, was im Vorfeld passiert ist und wie es dazu gekommen ist. Um eine Bewertung vornehmen zu können, muss man jedoch alle Fakten kennen.» Das stimmt – und die Aussage wäre in Bezug auf Videoüberwachung auch ein guter Hinweis, wäre er aus diesem Mund nicht ziemlich verlogen. Es ist richtig, Videoaufnahmen zeigen immer nur einen Ausschnitt, einen Moment, und genau das, was eine Kamera erfasst. Wer politisch glaubt, mit Kameras die absolute Wahrheit zu filmen, liegt falsch. Wer glaubt, damit Probleme zu lösen, ebenso. Nur ist der Polizei Videoüberwachung gegen andere zu jedem Zeitpunkt und möglichst uneingeschränkt recht. Wenn es aber gegen sie selbst geht, muss man es mit anderen Augen betrachten. Am Utoquai produzieren Sie nun genau solche, stundenlangen Momentaufnahmen. Aufnahmen, die einen Ausschnitt einer Situation zeigen. Vielleicht erwischen Sie dabei einmal jemanden, vielleicht können Sie auch einmal ein Strafverfahren lancieren. Aber Sie lösen kein einziges Problem. Warum sprechen wir im Zusammenhang mit dem Utoquai nicht einmal über andere Fragen. Zum Beispiel, warum wir in der Stadt Zürich so wenig Freiraum haben, wo junge Menschen auch mal laut und unangepasst sein können. Wo sollen sich junge Leute treffen, wenn die Bars und Clubs zu sind? Oder wenn sie offen sind, sie sich den Eintritt und die Getränke nicht leisten können oder in einem Alter sind oder zu einer Gruppe gehören, die gar keinen Zutritt dazu hat? Was hat das letzte Pandemiejahr bei Menschen zwischen 15 und 25 Jahren ausgelöst, wenn sie fast immer bei den Eltern zu Hause sein müssen? Wo bleiben hier Freiheiten und -räume? Oder: Warum darf ein Coop am Stadelhofen bis 22 Uhr mit Alkohol seine Kassen prall füllen und gleichzeitig wundert man sich, dass betrunkene Leute am Stadelhofen rumlungern. Ich denke, das Verkaufspersonal wäre auch dankbar für einen früheren Feierabend. Welche Verantwortung haben die Gemeinden rund um Zürich, die sämtliche Jugendangebote zusammengespart haben, um ein bisschen bei den Steuern sparen zu können. Wo gehen die Jugendlichen hin, wenn der ganze See überwacht ist? Möglicherweise in die Wohnquartiere, wo sie auch laut sind und stören. Diesen Fragekatalog könnte man noch lange erweitern. Zu diesen Fragen haben die SVP und die anderen Überwachungsjunkies hier drin keine Vorschläge. Sie glauben, ein Problem liesse sich ganz einfach aus der Welt filmen. Hier liegen sie aber falsch. Wenn wir politisch so weitermachen, empfehle ich Ihnen, eine Kopie dieses Vorstosses aufzubewahren, denn dann werden Sie ihn in zwei Jahren gleich nochmals einreichen können.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Ich muss mit einer grossen Enttäuschung für Sie anfangen. Viel Forschung hat gezeigt, dass Videoüberwachung keine Präventionswirkung hat. Somit ist das ganze Votum von Martin Götzl (SVP) eigentlich erledigt. Mit Videoüberwachung finden wir vielleicht einmal einen «Kügelidealer» oder einen 15-Jährigen, der am Utoquai einen Joint weitergibt. Wenn wir nach London schauen, wo fast jeder Millimeter überwacht wird, sehen wir, dass es dort trotzdem noch Kriminalität gibt. Ein beliebtes Beispiel, das Sie auch auf Social Media immer gerne wieder bringen: Die Silvesternacht von Köln. Die Domplatte ist seit Jahren pausenlos videoüberwacht und trotzdem sind diese Vorfälle passiert. Die temporäre Videoüberwachung für zwei bis drei Wochen ist vielleicht ein Mittel, um die Spitze zu brechen. Eine flächendeckende Videoüberwachung in der Stadt lehnen wir aber ab. Was kommt als nächstes, wenn wir das Seeufer*

nun lücken- und pausenlos überwachen? Beginnen wir auch mit der Überwachung des Limmatquais, der Langstrasse, des Bucheggplatzes, des Irchelparks? Vielleicht nützt eine Kamera ein Mal pro Jahrzehnt sogar etwas. Es gibt ja das schöne Sprichwort: Auch ein blindes Huhn – oder eine Videokamera – findet einmal ein Korn – oder ein Verbrechen.

Pascal Lamprecht (SP): *Wie Sven Sobernheim (GLP) erwähnte, muss Videoüberwachung als präventive Massnahme stark in Frage gestellt werden. Wir sprechen hier also von rein repressiven Massnahmen. Insofern erlaube ich mir den Vorwurf an die SVP, dass es sich hier nur um «Pflasterlipolitik» handelt. Das ist eine falsche Gewichtung. Falls es zu einem Polizeieinsatz kommt, ist vorher einiges schiefgelaufen. Die Kameras müssen aus unserer Sicht zurückhaltend eingesetzt werden. Das heisst örtlich, tageszeitlich und bezüglich Dauer befristet, die Kameras müssen gekennzeichnet sein und Luca Maggi (Grüne) hat es ausgeführt: Es braucht dafür eine klare rechtliche Grundlage. Im Polizeigesetz steht, dass die Überwachung nicht dauerhaft sein soll. Zur Polizeipräsenz: Diese steht und fällt nicht mit der Anzahl Polizeikräfte. Das Auftreten ist entscheidend. Zudem würden wir gerne wissen, wo Polizeikräfte zugunsten einer höheren Präsenz am Utoquai abgezogen werden sollen. Unser Ziel ist es, dass wir keine Pflaster brauchen und wenn, sind es operative Massnahmen, die nicht vorstosswürdig sind. Deshalb lehnen wir das Postulat ab.*

Andreas Egli (FDP): *Die Reaktion von Luca Maggi (Grüne) auf das Postulat ist etwas seltsam. Auf der einen Seite erklärt er, dass die Sicherheitsvorsteherin richtig gehandelt und genau das gemacht habe, was dieses Postulat fordert. Danach erklärte er über acht Minuten, warum er dagegen ist. Das ist weder logisch noch verständlich. Wir haben viel Wirres gehört, was Vertreter der Polizei gesagt haben könnten. Die Frage ist doch: Bringen die Kameras im Moment etwas oder bringen sie nichts? Wenn sie etwas bringen, ergibt es Sinn, dass man sie einsetzt. Offenbar ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements der Meinung, dass es etwas bringe. Ich bin auch dieser Meinung. Wir haben das letzte Mal gesehen, dass wir die Probleme an den neuralgischen Punkten mit Kameras eindämmen konnten. Das möchten wir auch jetzt wieder tun. Das Problem ist: Wenn man per se darauf verzichtet und der Stadt diese Möglichkeit nicht gibt, nehmen wir die Situation nichtsehend zur Kenntnis, ohne darauf zu reagieren. Es macht aber Sinn, darauf zu reagieren und dass es Polizeipräsenz vor Ort hat, wo es notwendig ist. Es macht Sinn, dass man an Brennpunkten Überwachungskameras einsetzen kann. Es macht auch Sinn, dass sie temporär eingesetzt werden. Denn wenn sie die gewünschte Wirkung zeigen – nämlich die schwierige Klientel von unerwünschtem Verhalten abzuhalten – wird sich diese Klientel auch wieder verschieben. Es ergibt wenig Sinn, dass an einem Ort Kameras fix installiert sind, obwohl sich die Szene schon längst an einen anderen Ort verschoben hat und dort das gleiche Spiel wiederholt wird. Dann können wir bald die ganze Stadt mit Kameras bestücken und wundern uns, dass wir genau diese Überwachung haben, die wir beispielsweise beim Autoverkehr auch nicht wollen. Insgesamt ist die jetzige Regelung gut – nämlich Kameras dort einzusetzen, wo es sie braucht und die Polizeipräsenz an neuralgischen Stellen zu erhöhen. Auf dieser Basis können wir weiterarbeiten. Insofern ist auch dieses Postulat richtig, auch wenn bereits Kameras montiert sind. Es wird wieder Situationen geben, in denen sich wieder so ein*

Brennpunkt bildet. Es ist wichtig, dass wir als Rat den Stadtrat bei seinem Handeln unterstützen. Vor diesem Hintergrund unterstützt die FDP dieses Postulat.

Samuel Balsiger (SVP): *Erinnern Sie sich daran, als die SVP im letzten Jahr einen Vorstoss einreichte, weil es im Niederdorf und an der Seepromenade immer wieder Attacken gegen Schwule gab? Wir beantragten eine Dringlichkeit, die Sie nicht für notwendig hielten. Daraufhin gab es einen weiteren Angriff in diesem Gebiet auf eine homosexuelle Person. Es gab zahlreiche andere Beispiele für entflammte Gewalt in diesem Gebiet. Martin Götzl (SVP) hat es aufgeführt: Irgendwann wird es Schwerverletzte oder sogar noch schlimmere Fälle geben. Wann kommen Sie endlich zu dem Punkt, an dem Sie eingestehen, dass ein Problem mit Gewalt besteht? Und dass Sie nicht weiterhin einfach wegschauen und aus ideologischen Gründen Ihre Augen verschliessen wollen, weil nachgewiesenermassen oftmals Ausländer die Gewalttäter sind? Sie werden vermutlich sagen, ich käme nun wieder mit rassistischen Untertönen. Das stimmt nicht. Die Person, die wir im Vorstoss erwähnten und die im Niederdorf angegriffen wurde, ist ein Afroamerikaner – also auch ein Ausländer –, der von einem Mann arabischer Abstammung abgeschlagen wurde, weil er ihm «zu schwul» aussah. Ich setze mich hier also für einen Ausländer ein, der erst noch schwarzer Hautfarbe ist. Ihre Anschuldigungen, ich hätte einen rassistischen Unterton, werden also wie üblich ins Leere laufen. Anerkennen Sie das Problem. Machen Sie einmal die Probe: Gehen Sie an einem Samstagabend händchenhaltend mit einer Person gleichen Geschlechts dort durch und achten Sie sich, von wem sie angegriffen werden – von jemandem, der gebrochen Deutsch spricht oder einem Schweizer oder einem Norweger. Ich kann Ihnen garantieren, dass Sie als händchenhaltende Männer vermutlich verprügelt werden und es wird vermutlich jemand sein, bei dem Sie das Gefühl haben, er käme aus einem fremdländischen Kulturkreis. Anerkennen Sie das Problem und handeln Sie.*

Stephan Iten (SVP): *Ich möchte Luca Maggi (Grüne) darauf hinweisen, dass man auf der Internetseite des Gemeinderats den Ablauf der Geschäfte abrufen kann. Dort sehen Sie, dass unser Vorstoss am 10. Februar 2021 eingereicht wurde. Der Stadtrat hat am 3. März die Kameras installiert – es brauchte also diesen Vorstoss. Luca Maggi (Grüne) sagt, eine Kamera zeige nur eine Momentaufnahme. Im gleichen Satz erzählt er, man habe eine Videoaufnahme, in der eine Frau von der Polizei verprügelt werde. Das wurde mit einer Handykamera aufgenommen. Gerade das ist eine Momentaufnahme, die zudem noch geschnitten werden kann und man genau den gewünschten Ausschnitt zeigen kann. Hier zeigt sich doch genau, wie wichtig Überwachungskameras wären. Diese hätten nämlich mehr aufgezeigt und man hätte rekonstruieren können, wie es zu diesem Fall kam. Es könnte ja sein, dass mit der Dame vorher etwas vorgefallen ist – vielleicht hat sie den Polizisten gebissen oder geschlagen. Wir wissen es nicht, weil wir nur Handyaufnahmen haben, die man zuschneiden kann. Dass die SP plötzlich dagegen ist, die immer sagt, man müsse präventiv arbeiten – gerade dies machen die Kameras, wie sich gezeigt hat. Dort, wo die Kameras montiert wurden, hat sich die Situation schlagartig geändert und es wurde ruhig. Das ist die Prävention, die die SP immer will. Mich schockierte, dass für Luca Maggi (Grüne) Freiheit offenbar bedeutet, in der Öffentlichkeit herumzupöbeln, auf die Polizei loszugehen, Schutz & Rettung anzugreifen. Wenn das die Freizeitbeschäftigung unserer Jugend ist, brauchen wir die Kameras sowieso.*

Martin Götzl (SVP): *Wir hörten in der Debatte über das gesamte Parteispektrum verschiedene Sichtweisen. Wir hörten viele Tatsachen, Meinungen, Ideologien, aber auch ganz viel heisse Luft. Von der SP hörten wir, dass Videoüberwachungen befristet sein müssen. Das sind sie sowieso. Sie werden ja nur abends und am Wochenende eingeschaltet. Sie müssen beschriftet sein – auch das sind sie. Zudem fragte die SP, woher denn die Polizistinnen und Polizisten geholt werden sollen. Die Stadt Zürich hat ein Polizeicorps von gegen 2000 Personen. Die SVP forderte zudem 52 neue Polizistinnen und Polizisten. Von den Grünen hörten wir, dass Gewerbetreibende – namentlich Coop – neu Schuld daran sein sollen, dass die Jugendlichen betrunken sind. Die Jugendlichen der Stadt Zürich hätten angeblich zu wenig Freiräume. Sie dürfen anscheinend nicht laut oder unangebracht sein. Das ist Blödsinn. Man nimmt stundenweise Filmmaterial auf, aber der Grüne Sprecher sagte, es handle sich um eine Momentaufnahme. Zudem empfahl er uns, das Postulat in zwei Jahren erneut einzureichen. Wir bedauern es, dass der Gemeinderat nicht mitmacht. Uns freut aber, dass der Stadtrat mitmacht. Wir werden Sie an Ihre Vettern- und Misswirtschaft erinnern. Wenn es das nächste Mal Verletzte gibt, tragen Sie die Hauptverantwortung. Mich belastet es, dass keine Fraktion die Bedürfnisse des Polizeicorps in Betracht zog. Wenn Sie im Polizeikommando nachfragen, bekämen Sie die Antwort, dass es die Videoüberwachung im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen brauche – zumindest temporär.*

Andreas Kirstein (AL): *In seinem ersten Votum hat Martin Götzl (SVP) in einer verblüffenden Offenheit dargelegt, worum es ihm geht. Er sagte: Was wird denn in den nächsten Jahren sein, wenn in den Zeiten nach Corona die soziale Unrast und die sozialen Probleme nach Corona zunehmen? Er leitete dann zur einzigen Antwort über, die die SVP auf soziale Probleme hat: Repression. Liebe SVP, Sie tun jetzt so, als sei dieses Postulat eine schöne Blume in einem Strauss von Massnahmen. Wenn Sie tatsächlich am Stadelhofen unterwegs sind, ist klar, dass es Probleme und Gewalt gibt. Es ist auch ganz klar, dass es insbesondere Gewalt gegen bestimmte Gruppen wie beispielsweise Homosexuelle gibt. Das steht nicht zur Diskussion. Dagegen habe ich auch kein Patentrezept. Gleichzeitig ist auch klar, dass sich im Seebecken und am Stadelhofen eine Jugendszene aufhält, die nicht primär und ausschliesslich Gewalt ausübt, die nicht primär und ausschliesslich Sanitätspersonal am Einsatz hindert. Sie treffen sich dort und erstellen zum Beispiel viele kreative und spannende Videos, die auf den entsprechenden Kanälen wie TikTok verfolgt werden können. Die Antworten der Linken und der AL auf soziale Probleme sind sicher nicht mehr Kameras, mehr Repression und mehr Polizeipräsenz. Ich habe Verständnis dafür, dass STR Karin Rykart unter dem bestehenden Druck und aufgrund der aktuellen Situation in einer Erstmassnahme diese Kameras bewilligt hat, auch wenn ich damit nicht einverstanden bin. Ich habe aber kein Verständnis dafür, wenn in dieser Stadt jegliches Leben überwacht, unterdrückt und auf ein Minimum reduziert werden soll – und es dabei nur darum geht, Kaufinteressen zu befriedigen.*

Das Dringliche Postulat wird mit 38 gegen 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



7 / 7

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat